

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung ins Haus für Groß-Vertrieb 10,- M. im voraus zahlbar, von der Redaktion selbst abgeholt 8,50 M. Für Groß-Vertrieb nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Schriftbuch bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Zugleich Katalog-Zustellung, der Preis für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 24.

Die schätzbarsten Konversationsblätter über den Raum kostet 5,- M. einschließlich Kreuzungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das Freitagblatt Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Kreuzungszuschlag. Besondere Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen das Freitagblatt Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Preisverleger: Zentrum 2438, 2445, 4518, 4602, 4626, 4645, 4922

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wilhelm von Abfundien

Ein Vermögen von rund 1100 Millionen Mark, der Besitz von acht Schlössern, fast 100 Grundstücken in Berlin, einer großen Anzahl von Gütern und Forsten im übrigen Deutschland, das gesamte Haus- und Fideikommissvermögen und fast alles hochwertige Inventar in den ehemals königlichen Schlössern: das alles jetzt Wilhelm den Letzten zugeschanzt werden. Während die Massen des Volkes in Not und Elend versinken, will man dem Kaiser, der noch nicht einmal zur Verantwortung über seine Schuld am Ausbruch und an der endlosen Verlängerung des Weltkrieges herangezogen worden ist, diese ungeheuren Vermögenswerte ausliefern. Schon im Februar hatte die preussische Regierung unter dem Schutz des Besatzungszustandes versucht, ein Gesetz zur Abfindung der Hohenzollern durchzusetzen und der rechtssozialistische Minister Süde um erklärte damals, daß politische und moralische Erwägungen bei der Behandlung dieser Sache völlig ausschließen müßten. Der Gesetzentwurf wurde nun an den Rechtsauschuß verwiesen, und dort wird er seit einigen Wochen unter Zuziehung verschiedener juristischer Gutachten und Erläuterungen beraten. Wir haben nun bereits im Februar bemerkt, daß es eine schwere Belastung für eine republikanische Regierung sei, wenn man ihre zumute, den gegen dieselbe Regierung konspirierenden Hohenzollern auch nur einen Pfennig zu geben, bevor nicht zum mindesten deren Haftpflicht für die Folgen des Weltkrieges festgestellt ist.

Wer die Reden auf den deutschnationalen Parteitagen und Versammlungen gelesen hat, weiß, daß wir im offenen Krieg mit den Anhängern der abgedankten Fürstendynastie stehen. Daß man aber seinem Feind nicht noch einen Kriegszusatz ausstatten könne, sahen auch die deutschnationalen Abgeordneten in Mecklenburg-Strelitz ein, als sie vor Jahresfrist einem Antrag ihre Zustimmung gaben, der das Staatsministerium beauftragte, im Reichsrat darauf zu drängen, daß der auch den ehemaligen Fürstendynastien die Sicherheit des Privateigentums garantierende Paragraph 153 der Reichsverfassung geändert würde. Was also damals selbst den Mecklenburger Deutschnationalen einleuchtete, nämlich, daß mit der Rückkehr der ehemaligen Herrscherfamilien ins Privatleben jeder Rechtsanspruch auch auf das sogenannte „Privat“vermögen verschwinden müsse, leuchtete den rechtssozialistischen Ministern und Süde um nicht ein. Sie gingen vielmehr von der lächerlichen Voraussetzung aus, daß sämtlicher Besitz, für den der Staat den Eigentumsnachweis nicht unzweideutig erbringen könne, vor allem sämtlicher Grundbesitz, den die Hohenzollernfamilien nach Inkrafttreten des allgemeinen Landrechts durch privaten Rechts erworben haben, ebenso wie alle vormerkten Grundstücke einzelner Hausmitglieder rechtlich den Hohenzollern verbleiben müßten.

Und wie wir damals vorausgesagt haben, war es auf dieser Grundlage bei den verwickelten staatsrechtlichen Verhältnissen ungeheuer schwierig, dem gerissenen Hohenzollernagenten Justizrat Löwenfeld ein paar Schlösser und die schon langjährig vom Staate unterhaltenen Kunstsammlungen abzutreten, wofür zu allem Ueberflus noch die, wenn auch auf Steuern zu verrechnende, Summe von 100 plus 2 Millionen Mark vom Staate als Äquivalent gewährt werden mußte. Hinzu kommt noch der Unterhalt der anderthalb Tausend Hofschranzen. Wie nun der Ministerialdirektor Sachem im Rechtsauschuß der Landesversammlung mittelste, würde sich die aus Gehältern usw. resultierende Belastung des Staates auf jährlich rund 46 bis 48 Millionen belaufen. Für den gekrönten Deserteur soll also der geruhelose Zinsgenuss eines Milliardenkapitals bleiben, für den bankrotten deutschen Staat dagegen eine Belastung von fast 50 Millionen jährlich, und als Gewinn ein paar Schlösser und Kunstsammlungen, die ihm auch formaljuristisch eigentlich schon seit Jahrzehnten gehören. Die Ausbeutung dieser Konsequenzen des Machtwerts ihres Parteigenossen Süde um besetzte die Heilmannsche Korrespondenz mit dem Ausschreibe, daß dies einseitige Bild selbst manchen alten Monarchisten erschrecken werde. Inzwischen aber erhebt sich der Rechtsauschuß der Landesversammlung über die rechtliche Seite der Angelegenheit und er wird wohl auf dieser Grundlage zu dem Ergebnis kommen, daß der Vertragsentwurf für den preussischen Staat nach außerordentlich günstig sei.

Alles das zeigt nur, wie recht wir hatten, als wir vor fast neun Monaten darauf hinwiesen, daß die Abfindung der Hohenzollern keine juristische, sondern eine rein politische Angelegenheit ist, und daß die historischen Beziehungen zwischen Kronbesitz und Staatsbesitz infolge der jahrhundertelangen Bindung viel zu kompliziert sind, um zu einer privatrechtlich einwandfreien Lösung kommen zu können. Die deutsche Arbeiterklasse wird bei den Preußenwahlen ihrer Meinung Ausdruck geben, nach welchen Grundlagen sie die Abfindung gehandhabt wissen will und alle formaljuristischen Erörterungen des Rechtsauschusses werden gegenüber der Volksstimme ehoflos verfallen. Aber immerhin wollen wir dem Rechtsauschuß einige Anhaltspunkte für seine Weiterarbeit geben, soweit ihm die neuerlichen Enthüllungen über die Vermögenschiebungen der Hohenzollern noch nicht die Augen geöffnet haben sollten.

Für die Anerkennung Sowjetrußlands

Die Verhandlungen mit Amerika

St. London, 26. November.

S. G. Wells veröffentlicht heute den letzten Artikel über seine Eindrücke in Rußland, und zwar schildert er darin seine Begegnung mit Lenin. Er führt eingehend aus, wie das Bild, das man sich von Lenin nach allen bisherigen Berichten machte, vollkommen falsch ist. Er hat die grundsätzlichen Fragen des Kommunismus und des Kollektivismus bis ins einzelne mit Lenin durchgesprochen und fand zu seiner Ueberraschung, daß Lenin sich vollkommen darüber klar sei, was er schaffe. Er habe niemals die gegenwärtigen Zustände noch den Marxismus als feststehende Doktrin zum Seligmachen erklärt, sondern immer betont, daß Methode auf Methode versucht werden müsse, bis man endlich diejenige finde, die dem Ziele entspreche.

Lenin machte ihm bei dieser Gelegenheit auch Mitteilung von den Plänen der Vereinigten Staaten hinsichtlich Rußlands und er erklärte ihm, welche Vorschläge sie bereits Rußland unterbreiteten. Amerika denke daran, vor allem Hilfe auf wirtschaftlichem Gebiete zu leisten und das bolschewistische Regime anzuerkennen. Es würde wohl ein Bündnis zustande kommen, laut welchem Amerika der Sowjetregierung Hilfe in der Verteidigung gegen japanische Angriffe in Sibirien zusichert. An der Küste Sibiriens würde auf russischem Gebiet eine amerikanische Flottenbasis geschaffen werden und ferner seien langjährige, ungefähr 20 bis 30jährige Konzessionen, für die Ausbeutung der Naturkräfte Komischalkos und anderer ausgedehnter Gebiete im Russisch-Amur vorgesehen. Ferner machte Lenin Mitteilung von großen Plänen für eine Elektrifizierung der Wirtschaft, denen Wells außerordentlich begeistert gegenübersteht, während er Lenins Verdienste auf dem Gebiete des Schulwesens anerkennt.

In einem Schlusssatz sagt dann Wells seine bisherigen Betrachtungen und Erfahrungen dahin zusammen, daß wenn das gegenwärtige Chaos weiter bestehen bleibe, alle Hilfe zu spät kommen würde und das Chaos schließlich auch die ganze übrige Welt mit sich reißen werde. Eine andere Regierung als die bolschewistische sei in Rußland in absehbarer Zeit nicht denkbar. Der einzige Weg für einen Fortschritt sei, sie anzuerkennen und mit ihr von Staat zu Staat Handel im großen zu treiben. Jeder Handel von Privatleuten mit Sowjetrußland sei unmöglich, denn nie würde das kommunistische Rußland irgendwelche Verträge von Privatleuten anerkennen und respektieren. Andererseits würde eine große Gemeinschaft von Völkern, die als gleichberechtigte Kontrahenten auftreten, ihren Einfluß geltend machen

„Ruten, roten, dei en es gheyn schande dat doont di besten van dem Lande“

sagt ein altes, wohl auch heute noch verständliches Ritterlied. Und der bürgerliche Forscher Sombart bemerkt zu einem ähnlichen Lied: „Der Raub bildete die selbstverständliche Erwerbsart des vornehmen Mannes, dessen Renten allein nicht ausreichten, um den wachsenden Anforderungen an täglichem Aufwand und Luxus zu genügen.“

Diese Zitate lenken unsere Aufmerksamkeit auf die Zeit des Feudalstaates zurück, in der sich die meisten der heutigen Fürstendynastien bildeten. Aus den Hirten- und Jägerstämmen der Völkerwanderungszeit entwickelten die mitteleuropäischen Feudalstaaten, in denen es die drei Schichten der Fürsten, Gemeinfreien und versklavten Bauern gab. Naturgemäß nahm der Fürst von dem eroberten Land mehr als der Gemeinfreie, aus Land und Bauer das Ferment des Feudalstaates ziehend, die Grundrente. „Je reicher der Romadenfürst war, um so größer wird der Grundherr,“ sagt Oppenheimer. Hinzu kam späterhin das Handelsmonopol der Fürsten, das ihnen weitere Einnahmen verbürgte und die Fürsten den der Untertanen, wenn auch geteilt mit den Ständeherrn. Langsam wird der Stammeshauptling aus einem privatrechtlichen ein öffentlich-rechtliches Subjekt.

Die größten Grundherren werden später Kaiser, sagt Meißner sardonisch von Deutschland. Wenn den Herrschenden auch in wachsendem Maße die Schutzpflicht über die Landesbewohner oblag, so ergab sich daraus eine Bindung, die dem Landesherrn ständige Bereicherung auf Kosten der Gesamtheit erlaubte. Der anfänglich oft erfolgreiche Widerstand des ebenbürtigen Adels wird seit der Einführung der Zentralgewalt außerordentlich stärkenden Geldwirtschaft und durch das Aufkommen des Beamientums gebrochen. Dies ist in wenigen Worten die allgemein bekannte Entwicklung vom Hirtenstamm zum Verfassungsstaat, wie wir sie in der Geschichte aller mitteleuropäischen Völker finden können.

Wenden wir diese Formeln auf die Hohenzollern an, so finden wir, daß sie, als bettelarme Burggrafen von Nürnberg mit der Mark Brandenburg belehnt, durch Unter-

stützung und den Bolschewismus zu einer Mäßigung führen können, von der auch die westlichen Länder viel erlangen könnten.

Wiederaufnahme des Feldzuges gegen Polen?

III. Warschau, 26. November.

Ein bolschewistischer Offizier, der gewaltam im Sowjethere festgehalten wurde, ist von seinem Truppenteil entflohen und in Polen angelangt. Er brachte Dokumente mit, die klar beweisen, daß die Bolschewisten im kommenden Frühjahr den Feldzug gegen Polen erneut aufnehmen wollen. Unter diesen Schriftstücken befindet sich ein interessanter Bericht eines Oberbefehlshabers an der Südfront, der auf die dringende Notwendigkeit hinweist, die Sowjetarmee durch die zahlreichen Desertionen in vollkommen verwahrlosten Zustand befindet. Weiter geht aus diesem hervor, daß in gewissen Regimentern, die aus der Besatzung von Kiew, Jekaterinowlaw und Charlow bestehen, aus diesem Grunde nur noch über 10 Prozent ihres effektiven Mannschafbestandes bestehen.

Das sieht stark nach polnischem Schwindel aus.

Die letzten Abenteuerer

Moskau, 26. November.

Nördlich von Mohr haben die von den Sowjettruppen verfolgten Ueberreste der Armee Salachowitsch den Fluß Jozna überschritten und fliehen in westlicher Richtung. In den Kämpfen gegen Petljura haben die Sowjettruppen 12 000 Gefangene gemacht, 20 Panzerwagen, 25 Geschütze und 60 Maschinengewehre erbeutet.

Waffenstillstand zwischen Litauen und Polen

Kowno, 25. November.

Der litauische Minister für auswärtige Angelegenheiten überreichte dem Vorsitzenden der Kontrollkommission des Völkerbundes ein Schreiben, in dem die litauische Regierung sich bereit erklärt, den Waffenstillstandsvertrag zwischen der litauischen Armee und derjenigen des Generals Zeligowski zu unterzeichnen. Sie verlangt von der polnischen Regierung formelle Garantien, daß Zeligowski die Anordnungen der polnischen Regierung befolgt. Der Vertrag soll von den Vertretern des Ministeriums des Innern und des militärischen Oberkommandos beider Regierungen unterzeichnet werden. Nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes will die litauische Regierung mit dem Gefangenen austausch beginnen.

drückung ihrer minderwertigen Standesgenossen zunächst die unbeschränkte Herrschaft an sich rissen und durch die Konfiskation des ritterlichen Besitzes den Grundstock zu ihrem späteren Vermögen schufen. Später kam die Hergabe von Grund und Boden durch die Städte und vor allem die wachsenden Einnahmen aus den damals noch gemeinamen Kron- und Staatseinkünften hinzu. Selbst Bismarck verstand es noch, wie Schäding berichtet, die Hälfte des kurheffischen Staatschatzes, der aus dem Verkauf heffischer Soldaten nach Amerika herrührte, für den König von Preußen zu beschlagnahmen. Von den unbeweglichen Werten des Hohenzollernvermögens waren nun durch das allgemeine Landrecht 1819 schon sämtliche Domänen aus dem Privatbesitz des Königshauses in den des Staates übergegangen, wenigleich erstere das Nutzungrecht weiter verblieb und später als Kron-Fideikommissrente von 2 1/2 Millionen Talern jährlich stabilisiert wurde. Die Entziehung dieser nun dem amtierenden Königshaus zustehenden Rente, ebenso wie der übrigen Krondotationen, war eine der wenigen Anforderungen, denen der Vertragsentwurf nachkam, wenigleich er das aus den früheren Ueberfällen dieser Einnahmen angeschaffte bewegliche und unbewegliche Vermögen als Privatbesitz für unantastbar erklärte. Und jetzt stellt der Rechtsauschuß zu allem Ueberflus auch noch Betrachtungen über die formalrechtliche Grundlage dieses großmütigen „Verzichts“ an, statt zu erwägen, daß die außerordentliche Anhäufung dieses Privatvermögens nur zeigt, daß die Zivil-

liste dieß zu hoch war. Aber alle diese Betrachtungen sind überflüssig und unfruchtbar. Nach sittlichem und revolutionärem Recht muß jetzt das durch Raub und Ausbeutung dem Volk abgepreßte Privatvermögen der Hohenzollern wieder in den Besitz des Volksganges übergehen. Diese politische Betrachtung der Angelegenheit ist die nach der Revolution einzig gangbare, und die sonst im Bruch formaler Rechtsbegriffe nicht allzu zimperliche Regierung wird sich in diesem Punkt dem Volkswillen fügen müssen. Sonst wird das Volk selbst Voranlassung nehmen, seinen Willen durchzusetzen!

Der Rücktritt des Oberbürgermeisters Wermuth

Die Stadtverordnetenversammlung hat den bürgerlichen Parteien für ihre Streikhebe eine klärende Ohrfeige verpasst. Sie wollte sich nicht damit begnügen, die von den bürgerlichen Parteien zum Streik gestellten Anträge durch einfache Ablehnung zu erledigen, sondern sie ging in Rücksicht auf die arbeitserfindliche Tendenz zur Tagesordnung über. Diese Antwort hatten die bürgerlichen Parteien nicht erwartet, und sie verließen deshalb den Sitzungssaal. Und da alle sozialistischen Parteien geschlossen für den Antrag stimmten, wurde er einmütig angenommen.

Sie hatten es sich anders gedacht, und nun sind sie schmachvoll hineingefallen. Diese Art der Zurückweisung der bürgerlichen Hebe machte ein besonderes Vertrauensvotum überflüssig.

Bemerkenswert ist, daß die Verhältnisse beim Elektrizitätsarbeiterstreik, der in Sachen im Oktober stattfand, ähnlich lagen, wie in Berlin. Vom Streik in Chemnitz wurden betroffen Gas- und Elektrizitätswerk. Er wurde veranlaßt durch Lohnforderungen und dauerte sechs Tage, vom 9. bis 15. Oktober 1920. Die Arbeiterbewegung war einem Sympathiestreik nicht abgeneigt. Aber einen Tag lang wurden selbst Notstandsarbeiten nicht verrichtet. Die Technische Nothilfe stand alarmbereit. Ein Ultimatum auf Wiederaufnahme der Arbeit ist vom Rat nicht gestellt worden. Hier wie in Berlin wurden die Streiktage nicht bezahlt. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Dresden und Leipzig, wo der Streik vom 11. bis 16. Oktober dauerte.

Nur in Berlin wurde eine Hebe gegen den Oberbürgermeister inszeniert, wie das vorher in ähnlicher Form nicht dagewesen war. Wermuth hatte besonders während der Kriegszeit die bürgerlichen Parteipolitiker arg auf die Felsen getreten. Die Not der Berliner Bevölkerung nötigte ihn, in unzulässigen Fällen die Reichsbehörden zu einer vernünftigen Ernährungspolitik zu drängen. Deshalb wurde Wermuth ein unangenehmer Dränger, der sich den Haß aller derer zuzog, die im Kriege aus der Haut der breiten Massen Riemen schnitten. Agrarier, Händler aller Art fürchteten diesen Mann, der sie an der schrankenlosen Ausbeutung der breiten Massen hindern wollte. Und die Arbeiterzeit von den Arbeitern Berlins eingeführte Ernährungscommission stand hinter ihm. Als Vertreter nicht nur Berlins, sondern der Städte setzte Wermuth den Parteipolitikern arg zu. Je mehr er sich an diesen Stellen unangenehm machte, desto mehr gewann er die Sympathie der breiten Massen, für die er seine ganze Person einsetzte. Nicht als Vertreter der Bourgeoisie hat er gehandelt, wie die „rote Fahne“ in völliger Verkennung der Sachlage schreibt, sondern als ein gewissenhafter Verwaltungsbeamter, dem das Wohl der ihm anvertrauten Bevölkerung nicht gleichgültig war.

Wer die Dinge so oberflächlich sieht, der kann nicht beanspruchen, ernst genommen zu werden. Wermuth war sicher kein Sozialist, wie er sich überhaupt keiner Partei zugerechnet hat. Aber ein Mann war er, der sich als Fürsprecher der Räte der breiten Volksmassen fühlte und sein ganzes Handeln danach einrichtete. Und weil der neue Magistrat politisch ausgezogen war, glaubte er nur dann wirken zu können, wenn er sich auf eine feste Mehrheit stützen konnte. Mit dem Augenblick, da ihm durch das Verhalten der Neukommunisten Zweifel kommen mußten, glaubte er die Konsequenzen aus dieser Sachlage ziehen zu müssen. Er hat sie gezogen.

Gestern haben die Vertreter der beiden sozialistischen Parteien mit dem Oberbürgermeister Wermuth Rücksprache genommen, um zu versuchen, seine Arbeitskraft im Interesse der Gemeinde Groß-Berlin zu erhalten. Die jetzigen Übergangsschwierigkeiten erfordern die Mitwirkung Wermuths, der wie kaum ein anderer die Zerrissenheit Groß-Berlins kennengelernt hat. Herr Wermuth hat erwidert, daß er mit Rücksicht auf die ausdrückliche Forderung des Rates außerstande sei, seinen Antrag auf Verleihung in den Ruhestand hinauszuschieben und die Amtsgeschäfte weiter zu führen. Er hat sich jedoch bereit erklärt, dem Bürgermeister Ritter für die nächste Zeit bei den Ueberleitungsarbeiten, soweit er dazu imstande ist, mit Rat und Tat ausseramtlich zur Verfügung zu stehen und zugleich gebeten, die Neuwahl so sehr als irgendmöglich zu beschleunigen.

Die städtische Vertretung wird sich mit diesem endgültigen Entschluß abfinden und sich auf die Suche nach einem neuen Oberhaupt machen müssen. Das Amt eines Oberbürgermeisters von Berlin ist dornenpoll, und es wird nicht leicht sein, einen geeigneten Mann zu finden.

Die Ehrenrettung

Der frühere verantwortliche Redakteur der „Freiheit“, Genosse Wielepp, ist am Donnerstag von einer republikanischen Strafkammer in Moabit zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Der Vorgang ist aus dem Verhandlungsbericht bekannt. Aber es muß noch einmal heroorgehoben werden, daß in dem Eröffnungsbeschluss als Hauptperson Herr Lüttich bestraft sein sollte. Der Staatsanwalt hat nach dem Kapp-Putsch, der gerade die Ehre des Herrn Lüttich in höchst greller Beleuchtung zeigte, den Mann fallengelassen. Ein paar andere Offiziere, die uns völlig gleichgültig waren, von denen in unserem Artikel nicht die Rede war, die sollten nun auf einmal von uns in ihrer Ehre gekränkt worden sein. Das Gericht griff aber auf die ursprüngliche Anklagefrist zurück. Es stellte fest, daß nicht nur die uns unbelannten Offiziere, sondern auch Herr Lüttich bestraft worden sei, schlug zu dem Antrag der Staatsanwaltschaft noch 700 Mark auf und verurteilte den Redakteur Wielepp zu 1000 Mark Geldstrafe.

Lüttich wäre also, wenn die Summe gezahlt ist, wieder ein Ehrenmann. In den Augen des republikanischen Gerichts ist er das ja schon heute. In unseren Augen aber, und darauf kommt es doch an, ist er es nicht, auch wenn der verurteilte Redakteur die Strafe bezahlen sollte. Wir haben unseren Kampf gegen Lüttich geführt, um die Republik vor einem Verbrecher zu schützen. Dieser Kampf war berechtigt, denn Lüttich hat die Verbrechen begangen, die wir notausgelagert und bekämpft haben zu einer Zeit, als es noch möglich war, sie zu verhindern. Der Kampf wurde geführt im ureigensten Interesse der Republik. Hätten wir in dieser Republik überzeugte republikanische Richter, dann müßten sie uns dankbar sein für die wertvollen Fingerzeige, die wir der Justiz gegeben haben zur Aufdeckung von Verbrechen. Das Gericht ist dieser Auffassung nicht. Es gibt noch viele andere Personen, die unseren Kampf gegen Lüttich nicht gutheißen können. Herr Lüttich selbst hat diesen Kampf

geführt, weil wir ihn empfindlich bei den Vorbereitungen seines Putschs störten. Deshalb lagte er gegen uns. Aber ebensowenig, wie wir uns darum kümmern, was Herr Lüttich, die „Deutsche Zeitung“, der Forstrat Escherich oder irgend ein Offiziersklub über die Bekämpfung der Konterrevolution denken, ebensowenig stört uns die Auffassung des Gerichts, ob Lüttich zu bestrafen ist oder nicht.

Das bürgerliche Recht ist nicht unser Recht. Und eine Justiz, die es fertig bringt, einen flehentlich verfolgten Hochverräter, auf dessen Konto die ganzen Scheußlichkeiten zu buchen sind, die der Märzputsch brachte, eine Justiz, die es nicht eilig hat, diesen minderwertigen Menschen beim Krügen zu packen und ihn hinter Schloß und Riegel zu legen, dafür aber einen Redakteur wegen Beleidigung eben dieses Menschen bestrafen: eine solche Justiz spricht damit selbst das schärfste Urteil gegen sich aus.

Die entlarvte Mörderzentrale

Der Bürgerrat als Geldgeber

Der Prinz-Prozess hat in den letzten Tagen eine hochaktuelle politische Färbung erhalten. Zum erstenmal ist es gelungen, den Schleier etwas zu lüften, der bislang über jene dunkle Gesellschaft gebreitet war, die seit dem 9. November den politischen Mord in Deutschland systematisch propagierte und durch riesige Geldsummen finanzierte. Schon im Oktober 1919 sagte vor dem Untersuchungsausschuß der preussischen Landesversammlung der Gefreite Gärger folgendes aus:

Er habe in der Nacht vom 10. zum 11. Januar 1919 Ledebour und Dr. Ernst Meyer verhaftet. Er will dazu seinen Auftrag von der Kommandantur gehabt und für die Verhaftung keinerlei Belohnung erhalten haben. Er habe nur nach Gesprächen mit dem Stadtkommandanten Fischer angenommen, daß dieser die Festnahme der Führer der Unsturzbewegung gutheißen würde. Von einer Täuschung Ledebours und Meyers sei nie die Rede gewesen, außer daß Tjaska dem Zeugen einen solchen Vorwurf gemacht hätte. Der Zeuge glaubt, daß das russische Kreuz, Uffahrtstr. 155, und die Werkstätten der Reichswehr, Karlsbad 3 und Karlsbad 29, die Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus und die Firma Berger und Mendenburg, Doraghenstraße 34, dem Feldwebel von Tjaska eine Belohnung von 24 000 Mark für die Ermordung Ledebours oder Liebnechts versprochen hätten.

Damit wurde das dunkelste Kapitel in der Geschichte der deutschen Revolution berührt. Die Aussage hat eine gute Handhabe, hinter die Mörderzentrale zu leuchten, die Fäden bloßzulegen, die zu den vielen Verbrechen und Scheußlichkeiten führten, die nach dem 9. November von der Konterrevolution planmäßig verübt wurden. Aber die Regierung schwieg, die Missetäter blieben unbehelligt und konnten bis zum heutigen Tage ihr schändliches Handwerk ungehindert ausüben. Nun hat der Prinzprozess neue Anhaltspunkte ergeben. Was in den Zeugnisaussagen noch so stark Wahrheit und Dichtung durcheinander fließen: Die Tatsache, daß in Deutschland eine Mörderliga bestand und noch besteht, und daß diese Liga es war, die die Ermordung Karl Liebnechts und Rosa Luxemburgs ansetzte und die Mörder dafür bezahlte: diese Tatsache läßt sich heute nicht mehr aus der Welt schaffen.

Wir halten Scheidemann nicht für so dumm, daß er den Mordbefehl erlassen hat. Das gehört wohl in das Reich der Fabel. In diesem Punkt bleibt nur die Vermutung offen, daß die Anstifter des Verbrechens den Namen Scheidemann nannten, um ihren gebundenen Schergen Mut zu machen zur Ausführung der Verbrechen. Aber voller Schuld beladen ist die Scheidemannregierung doch insofern, als sie nichts unternahm, um der eigentlichen Mörderliga das Handwerk zu legen. Die Vorgänge konnten ihr nicht unbekannt geblieben sein. Der Stadtkommandant Fischer wußte von den Mörderplänen des Feldwebels Tjaska, er ließ ihn nicht verhaften. Er konnte, reichlich mit Geld gespickt, weiter auf Karl Liebnecht und Rosa Luxemburg pfeifen. Die Regierung wußte auch, daß in der Köthener Straße jene Stelle ihren Sitz hatte, die am 5. Dezember 1918 den ersten Putsch machte, den Volksgarnt verhaftete, Ebert zum Präsidenten ausrufen ließ. Die Verschwörer waren im einzelnen bekannt. Und nun erfahren wir durch die Aussagen des Zeugen Anton Fischer, daß diese Gesellschaft an Tjaska 20 000 M. gezahlt haben soll, zur Beileidigung von Karl Liebnecht, daß sie also nach dem 5. Dezember völlig unbehelligt blieb und neue Verbrechen anzetteln konnte. Daß die Regierung diesem Treiben ruhig zusah, schändet sie vor der gesamten Kulturwelt.

Aber noch weiteres wertvolles Tatsachenmaterial hat der Prinz-Prozess ergeben. Anton Fischer, zur Aussage gezwungen, mußte zugeben, daß der Bürgerrat von Berlin, jenes reaktionäre Gebilde, der Kommandantur große Geldmittel unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit zur Verfügung stellte. Aus diesem Korruptionsfonds wurden die kostspieligen Jagden auf die Führer der Revolution finanziert. Nun hat der Bürgerrat das Wort. Er wird als Zeuge vor Gericht bekunden müssen, was es mit seinen Spenden auf sich hat. Er wird die Höhe der gespendeten Summen nennen müssen. Auch Herr Anton Fischer könnte noch allerlei sagen. Der Prozess bietet eine gute Handhabe, dem geschändeten Recht der Republik endlich zum Siege zu verhelfen. Aber wir befürchten, daß es auch diesmal noch nicht gelingen wird. Es sind zu viele angesehene Personen, die die Wahrheit zu befürchten haben.

Das Staatsinteresse steht auf dem Spiele! Verkörpert durch einen Krieger, hohen Offizieren und rechtsstehenden Politikern.

Wo bleiben deine Steuern?

120 Millionen für ein Kreuzerchen

Es ist allgemein bekannt, daß die enormen Flottenrüstungen vor dem Kriege Deutschland nur geschadet und zur Verschärfung des deutsch-englischen Gegensatzes sehr viel beigetragen haben. Während des Krieges hat uns die Flotte nicht viel genützt. Die Schiffe lagen in den Häfen und verrosteten. Der Tirpitzsche Flottenwahnsinn wurde dann restlos erledigt durch den Friedensvertrag. Deutschland kann sich nur noch ein paar unbedeutende Kräfte halten zur Erinnerung an die frühere Herrlichkeit. Aber das genügt der Admiralität nicht. Sie will ebenso wie die Heeresleitung immer noch Große Zeit spielen. Die war halt gar zu schön, und deshalb bringt die Admiralität für den Bau eines neuen kleinen Kreuzers 120 Millionen Mark in Anschlag und fordert als erste Teilschiff 25 Millionen Mark aus dem überfüllten deutschen Staatskassettel. Bis der kleine Kreuzer fertig ist, werden Jahre vergehen. Die Materialpreise erhöhen sich in der Zwischenzeit, und so wird am Ende, wenn das Schiffchen fix und fertig ist,

eine Gesamtrechnung von mindestens 200 Millionen Mark präsentiert werden.

Und welchen Zwecken wird dann das Kreuzerchen dienen? Seerzick kann damit nicht gespielt werden. Nicht einmal die Regierrepublik Liberia wird sich damit Jurüst einjagen lassen. Küstenschutz? Dafür genügen ein paar alte Kreuzer, mit Postzeimannschaften besetzt. Warum also der kostspielige Plunder? Um der Admiralität ein Amüsament zu bieten.

Es gibt Eltern, die ihren Kindern zum Weihnachtsfest Bleisoldaten schenken. Auch das ist ein Unfug. Aber er ist privater Natur, schadet also dem Geldbeutel der Geder. Das Spielzeug, das die Admiralität sich wünscht, bezahlen nicht die Befehlshaber, die damit ihre Spazierfahrten machen, dieses Spielzeug bezahlen die Steuerzahler. Und deshalb muß der Unfug glatt abgelehnt werden. Die 120 Millionen (wenn alles fertig ist: 200) nicht für private Spielereien, sondern für den Neubau von Wohnungen, damit die Obdachlosen ein Unterkommen finden. Die große Zeit ist vorbei. Das muß auch der Admiralität ganz deutlich gesagt werden.

Stinnes und Rathenau

Die Pariser Zeitung „Deuvre“ brachte vor einigen Tagen eine Unterredung mit Walter Rathenau. Dieser sollte geäußert haben, gewissen rheinisch-westfälischen Industriellen sei eine Beileidigung des Ruhrgebietes nicht unangenehm. Wie Herr Rathenau jetzt erklärt, hat er eine derartige Äußerung nie getan. Man wird abwarten haben, was die Pariser Zeitung „Deuvre“, deren Vertreter das Interview mit Herrn Rathenau gehabt haben will, zu dem Dementi sagt.

Im übrigen ist Herr Stinnes, selbst wenn Herrn Rathenaus Feststellungen zuträfen, damit noch nicht entlastet. Genosse Breitfeld hat seinerzeit im Reichstag bei der Beratung des Sparabkommens darauf hingewiesen, daß das Auftreten von Stinnes in Spa die Vermutung nahelegen müßte, als ob er einer Beileidigung des Ruhrgebietes zum mindesten mit recht viel Fassungsvermögen entgegenstehe und er hat sich dabei auf eine Unterredung berufen, die dieser Führer der Industrie in jenen Tagen einem französischen Journalisten gewährt hatte.

Noch etwas anderes mag in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Als im März die Nachrichten vom Kapp-Putsch an der Ruhr einliefen, wurde sofort eine vertrauliche Sitzung von Unternehmern und Arbeitern des Bergbaues einberufen. In dieser Sitzung suchte Herr Stinnes die Arbeitervertreter für den Gedanken zu gewinnen, daß man die Gefährlichkeit bemuge, um sich von allen die Kohlenwirtschaft betreffenden Anordnungen, die von der Berliner Regierung ausgegangen seien und ausgingen, unabhängig zu machen und er betonte ausdrücklich, daß dieser Versuch, sich selbständig zu machen, nicht etwa nur gegen Kapp und Konsortien gerichtet sei. Auch dieser Vorstoß, der an der absehnenden Haltung der Arbeitervertreter, läßt Schlüsse auf die Stinnesche Reichs- und Verfassungstreue zu.

Die Danziger U.S.P. für Neuwahlen

SPN. Danzig, 25. November.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten in der Verfassunggebenden Versammlung fordert durch einen Dringlichkeitsantrag die Auflösung des Danziger Parlamentes und die Auseraumung von Neuwahlen auf den 6. Februar 1921. Das gleiche Verlangen hatten seinerzeit auch die polnischen Delegierten in Genf in ihren Bemerkungen zum Danziger Verfassungsentwurf gestellt. Nach Art. 116 der Verfassung hat die Verfassunggebende Versammlung das Recht, sich nach Konsultierung des Freistaates entweder aufzulösen oder als Vollversammlung mit einer Legislaturdauer bis zum Ende des Jahres 1923 zu erklären. Bei der Mehrheit der Verfassunggebenden Versammlung soll die Wahl bestehen, mit Rücksicht auf die Kosten einer Neuwahl jeht von einer Auflösung abgesehen.

Internationaler Gewerkschaftskongress

IA. London, 26. November.

Der Internationale Gewerkschaftskongress in London faßt folgende Beschlüsse: Der Kongress beschließt, einen Plan für ein internationales Bureau auszuarbeiten, das den Zweck haben soll, vorläufig die Rohstoffe zu verteilen. Dieser Plan soll dem internationalen Arbeitsbureau in Genf unterbreitet werden. Es kam bei der Aussprache hierüber zur Verlesung einer Erklärung der russischen Gewerkschaftler im Uralsgebiet. Eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung, heißt es darin, gibt es heute in Russland nicht. Alle Arbeitervereinigungen werden durch die Regierung in Regierungsanstalten verwandelt, die keine gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten und nicht für die Ideale der Arbeiterklasse streiten können. Heute ist es für den russischen Arbeiter unmöglich, frei seine Gedanken zu äußern, denn er lebt unter der Räteregierung in wirtschaftlicher Selbstlosigkeit. Der Kongress beabsichtigt weiter eine Entschlüsselung, durch welche dem internationalen Arbeitsbureau die Unterstützung versichert wird, wenn das Abkommen von Washington nicht ratifiziert werden sollte. Der vorliegende Änderungsantrag, daß der Kongress die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbureau kündigen sollte, wurde abgelehnt. Die erste Entschlüsselung wurde angenommen.

Die Rückholung Konstantin

DA. Athen, 26. November.

Die Athener Zeitung „Politika“ veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung: Die hellenische Regierung, die auf Grund der Rückkehr des Königs Konstantin die allerbeste Haltung einnehmen. Die Regierung hat das Vertrauen, daß den Wünschen des Volkes Genüge werde. Die Regierungen der Mächte, die selber das Recht der Selbstbestimmung angenommen haben, sollten sich auf Grund des Vertrags von Sèvres des — übrigens bestrittenen — Rechts entschlagen, in ihrer Eigenschaft als Schwächlinge sich in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einzumischen. Mehr noch, diese selben Mächte haben alles Interesse daran, mit Griechenland die enge Freundschaft aufrecht zu erhalten, die allein ihren Interessen in jedem Punkte zu dienen imstande ist.

Die neue armenische Regierung. Der Rücktritt der armenischen Regierung ist auf die inneren Unruhen und das Vordringen der Türken in Armenien zurückzuführen, demgegenüber die Regierung machtlos war. Die neue Regierung der Erzmönche hat sich mit Moskau über einen vorläufigen Waffenstillstand mit der Türkei und den Bolschewiken geeinigt. Nach dem getroffenen Abkommen bleibt das britische Gebiet bis zur endgültigen Regelung des Friedensvertrages besetzt.

Der Kampf um das Streikrecht

Der Elektrizitätsstreik vor dem Parlament

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde nach fast einwöchiger Beantwortung kleiner Anfragen die Interpellation unserer Partei über die Beziehungen zu Sowjet-Russland bis zur Beantwortung durch die Regierung zurückgestellt.

Der deutsch-nationale Abgeordnete **Verndt** begründet die Interpellation seiner Partei über den Elektrizitätsstreik in Berlin. Die Herren Deutsch-nationalen machen es sich leicht, über ihre Sünden hinwegzutäuschen. Sie drehen einfach den Spiegel um und machen die ungeschulten Arbeiterklasse der durch Kriegsmut und Elend erschütterten Arbeitermassen verantwortlich für den Zusammenbruch Deutschlands. Wer den Zusammenbruch Deutschlands Deutschnationalen hat, weiß nachgerade jedes Kind. Herr Verndt jammert des langen und breiten über Anschläge gegen die Autorität des Staates, gegen Leben und Sicherheit der Bevölkerung. Er beschuldigt den Magistrat und die Regierung, daß sie die zur Verfügung stehenden Nachmittelsmittel nicht rechtzeitig zur Anwendung gebracht haben. Die Erkrankung der Bevölkerung, die Bedrohung der Krankenhäuser für die bisher noch kein einziger tatsächlicher Beweis vorliegt, sogar die **Paluta** muß herhalten, um das deutsch-nationale Gericht schmachtend zu machen. Wie tief muß Herr Verndt die deutschen Volkstretter einschätzen, wenn er es wagt, ihnen vorzureden, daß der Elektrizitätsstreik schädigend auf die **Paluta** eingewirkt habe. Die linke Seite geht denn auch mit lebhaften Zwischenrufen diese und andere ebenso fähige Behauptungen des Redners, mit denen er versucht, unter Auslassung eines tatsächlichen Eingehens auf den Streik eine Hejraade gegen die freien Gewerkschaften und eine Verhimmelung der Technischen Nothilfe zu machen. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist ihm nicht scharf genug, er wünscht ihre Ausdehnung auf Verkehr und Landwirtschaft.

Reichsminister des Innern **Koch** verlas darauf eine Erklärung der Reichsregierung, die den Streik mit allen seinen Folgen aufs schärfste verurteilt. Diese Regierungserklärung wird mit lebhaftem Bravo bei den bürgerlichen Parteien aufgenommen. Minister **Koch** polemisiert dann in längeren Ausführungen gegen die Ausführungen des deutsch-nationalen Redners und verteidigt die Maßnahmen der Regierung, die durch die Selbstverwaltung und die föderalistische Teilung des Reiches ihre Grenzen finden. Er wendet sich gegen die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten und verweist auf die Ausführungen des Neumünster und **Leupold** in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die eine Wiederaufnahme des Streiks in Aussicht gestellt habe. Nach diesen verhältnismäßig sachlichen Darlegungen wird Herr **Koch** deklariert. Er sagt, daß es nicht angehe, daß die Herren **Sitt** und **Leupold** die Berliner Elektrizitätsarbeiter nochmals in den Streik ziehen und er kündigt an, daß sein Zweifel darüber bestehen brauche, daß die Beschlüsse nach einem erneuten Streik sich für solche Leute nicht mehr öffnen werden. Herr **Koch** prägte den Satz: „Wenn die gewerkschaftlichen Mittel nicht mehr ausreichen, müssen Staatsmittel angewandt werden.“ Daraus spricht das deutliche Bestreben, die Machtmittel des Staates bei gewerkschaftlichen Kämpfen in die Waagschale zu werfen. Die Regierung sollte sich hüten, auf diesem Wege weiter Erfolge einheimen zu wollen. Und schließlich griff Herr **Koch** unter warmem Beifall der gesamten bürgerlichen Parteien zum bewährtesten Mittel des alten Regimes, indem er mit vollem Pathos der Handvoll Unruhstifter die starke Hand der Regierung drohend unter die Nase hielt.

In der Debatte spricht zuerst der Rechtssozialist **Hartlieb**, der die Deutsch-nationalen scharf angreift und sie als die eigentlichen Urheber des Streiks bezeichnet. Die Rechte brüllt getrieben auf. **Hartlieb** entgegnet ihren Zwischenrufen temperamentvoll und mit vielen Beweisen. In dem zweiten Teil seiner Rede wendet er sich sehr scharf gegen die Neumünster, eine Polemik, von der wir gewünscht hätten, daß sie in diesem Augenblick und in dieser Form unterblieben wäre. Der Neumünster **Hartlieb** benutzte den Berliner Elektrizitätsstreik zu einer Attacke gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialisierung. Er begründet die Verordnung des Reichspräsidenten und erklärt, daß dieselbe auch heute noch zu Recht bestehe. Seine Ausführungen sind gespickt mit Klagen über die schlechte Moral und die mangelnde Verantwortung, die er als alter Neumünster durch die Wiederbelebung des geistlichen Geistes abstellen will.

Einer inhaltslosen Rede des deutschnationalen „Arbeitsvertreters“ **Schirmer**, deren einziger Vorzug in ihrer Kürze lag, folgte unser Genosse **Brühl**, der in ruhigen, sachlichen Ausführungen auf die Entstehungsgeschichte des Streiks verwies und das Verständnis für die selbständige Aktion der Elektrizitätsarbeiter erläuterte. **Brühl** wies die Angriffe der bürgerlichen Redner, denen auch der Minister **Koch** gefolgt sei, als „Schwähererei“ zurück. Er stellte aber auch mit Nachdruck fest, daß die Urheber des Streiks weniger ihre wirtschaftlichen Ziele, als vielmehr die Geschäfte einer Partei befolgten. Genosse **Brühl** weist auch auf die mehr als eigenartige Tatsache hin, daß die Verordnung des Reichspräsidenten, hervorgerufen durch eine zeitlich begrenzte Streikbewegung, zum Dauerzustand proklamiert wird. Dieser Ausdehnung fehlte jede rechtliche Handhabe. Die Angriffe gegen den Magistrat und speziell gegen Oberbürgermeister **Wermuth** werden von unserem Redner ruhig und weise zurückgewiesen. **Wermuth**, der aus den Kreisen der rechten Seite des Hauses gekommen sei, habe in unermüdlicher, opfervoller Arbeit, gemeinsam mit unserem Genossen **Wurm**, geradezu beispielloses auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung geleistet. Genosse **Brühl** verteidigt die Partei gegen alle Angriffe und schließt mit einem Appell an die Einigkeit und Geschlossenheit.

Die Rede des Genossen Brühl

Die Lohnbewegung, die dazu geführt hat, daß die Heizer und Elektrizitätsarbeiter der Stadt Berlin zum Streik griffen, war bereits seit langer Wochen im Gange. Und so ist von dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer genehmigt worden. (Hört! hört! bei der U. S. P.) Die Heizer wurden damit vertrieben, daß der alte Magistrat dazu nicht mehr in ihrer Sache sprechen konnte. Sie werden weggedrängt, daß die Hinausführung dieser Forderungen in erster Reihe darauf zurückzuführen ist, daß man von Woche zu Woche die Bildung des neuen Groß-Berlin verzögerte und dadurch allerdings auch den städtischen Arbeitern und Angestellten, und besonders den Heizern und Elektrizitätsarbeitern die Möglichkeit nahm, endlich einmal ihre Verhältnisse regeln zu lassen. Kommunale und Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe

sein. Deshalb waren auch die Anträge der Arbeiter ohne weiteres begründet. Die sozialistische Mehrheit in Berlin hat allerdings nimmermehr die Aufgabe, in diesem neuen Berlin einen sozialistischen Geist zum Durchbruch zu bringen. Aber es können lediglich Schwäherer und Charlatane sein, die behaupten, eine sozialistische Mehrheit wäre in der Lage

alle die Blütenräume

zur Verwirklichung zu bringen, die man in den Reihen der Arbeiterklasse immer wieder zum Vorschein zu bringen versucht. Aus diesen Umständen heraus sind wir allerdings der Auffassung, daß es bei dem Streik, der ausgebrochen ist, notwendig gewesen wäre, vorher eingehend zu prüfen, ob die Stadtgemeinde Berlin auch in der Lage war, das durchzuführen, was wir wohl als städtische Körperschaft für berechtigt anerkannt hätten. (Sehr richtig bei den U. S. P.) Und es muß ebenfalls erklärt werden, daß es

Infolge der Kriegswirtschaft

und des finanziellen Bankrotts nicht möglich war, alle diese Forderungen, die gestellt waren und die, wie ich nochmals erkläre, durchaus keine unberechtigten Forderungen waren, durchzuführen.

Wir waren alle bemüht, diese ganze Angelegenheit friedlich beizulegen. Wir waren auch der Überzeugung, daß ein allgemeiner Streik in den städtischen Betrieben den Gegnern der Stadt Berlin,

die ja auch heute hier einer nach dem anderen aufmarschieren, ein willkommenes Mittel sein konnte, um mit Hilfe der Staatsgewalt die Existenzunmöglichkeit der neuen Stadtgemeinde darzulegen. (Sehr wahr! bei den U. S. P.)

Wenn der Herr Minister Koch darauf hinweist, daß der Stadtverordnete **Leupold** in der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine Wiederholung des Streiks angekündigt und weiter erklärt hat, daß mit revolutionären Mitteln des Proletariats diese Streiks verbunden werden sollten, so muß ich Ihnen doch sagen, daß die Mehrheit der Berliner Arbeiterklasse diese Schwähererei ab acta laet (Sehr richtig! bei den U. S. P.) und daß wir mit diesen Schwäherern nichts gemeinsam haben.

Es war aber nicht, in den Streik einzutreten, weil tatsächlich noch nicht alle Mittel erschöpft waren, die zu erschöpfen sind. Das schämte an dem ganzen Streik war, daß die Streikführer lediglich wie hypnotisiert die Ziele einer Partei verfolgten und glaubten, den ganzen Streik dahin lenken zu können. Ich muß ganz offen erklären, daß die Mehrheit der freien Arbeiter dieses auch sehr bald erkannt hat und daß auch die in Frage kommenden Verbände sofort alles in die Hand genommen haben, um das zu verhindern, was Einzelne sich auf die Fahne geschrieben hatten. Der **U. S. P.** erklärt: Angesichts dieser

Qualifikationskrise von links

und der damit motivierten schamhaften Gegenmaßnahmen der Reaktion werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer aufgefordert, auf dem Wege der Selbsthilfe durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen Entscheidungsvollkommen zu schaffen, deren Zustimmung für die Einleitung von Streiks in lebenswichtigen Betrieben vorher eingeholt werden muß. Hierbei lehnt der **U. S. P.** jede Einschränkung des Streikrechts entschieden ab.

Das ist auch unsere Meinung. Auch wir sind der Überzeugung, daß die Technische Nothilfe nach wie vor lediglich eine organisierte Streikbrecher-Organisation

darstellt. Auch der Herr Reichspräsident glaubte, bei diesem Streik nicht fehlen zu dürfen. Das Eigenartige daran ist, daß der Herr Reichspräsident die Gewerkschaften durchgemacht hat. Um so verwunderlicher ist es, daß er sich dazu hergibt, das Streikrecht seiner eigenen früheren Aussagen entgegen einseitig beiseite zu schieben. Alle Gewerkschaften, die bisher Gelegenheit hatten, dazu Stellung zu nehmen, haben diese Verordnung des Reichspräsidenten abgelehnt. Ich hätte gewünscht, daß auch die Vertreter der Sozialdemokraten offen erklärt hätten, daß sie als Gewerkschaftler diese Verordnung ohne weiteres ablehnen müßten. Ich hätte gewünscht, daß der Reichspräsident ebenso schnell zur Hand gewesen wäre bei dem Streik, die auf dem Lebensmittelmarkt eingetreten sind. (Sehr richtig! bei der U. S. P.) Ich frage Sie Herr Minister Koch: Ist das etwa keine lebenswichtige Frage für das deutsche Volk? Man fragt über die ungenügenden vielen armen Kranken, die dabei gelitten hätten und spricht sogar von Technizismen von Säuglingen, die zugrunde gegangen seien. Mein Freund **Moses** hat die betreffende Dame, die als **Sadi** rät in Berlin solche Behauptungen öffentlich aufgestellt hat, aufgefordert, auch nur einen einzigen Fall anzuführen. (Hört, hört! bei der U. S. P.)

Solche Darstellungen müssen die Elektrizitätsarbeiter außerordentlich verärgern, weil sie genau wissen, wie ungeheure Blutopfer der Krieg gefordert hat und wie noch im Laufe der letzten Monate die Ernährungsnot der Regierung große Opfer verursacht hat. Ich habe den Herren hier auf dem Tisch des Hauses die neue Nummer der „Freien Welt“ niedergelegt, damit sie sich an den Photographien von dem Zustand der Unterernährung überzeugen. Der Elektrizitätsstreik ist aber unschuldig an dieser Unterernährung.

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist aber auch vom Standpunkt des Gesetzgebers zu betrachten. Der Reichspräsident hat nicht das Recht, auf Grund des Ausnahmezustandes die ganzen Grundrechte außer Kraft zu setzen. (Zuruf von den Soz.) Zum Beweise für die Richtigkeit meiner Ausführungen möchte ich dem Herrn Reichsminister Koch andeuten, einmal den Kommentar zur Reichsverfassung von Professor **Stiehe**, nachzusehen. Er wird finden, daß dieser Kommentar auf denselben Standpunkt steht wie wir.

Nun hat der Herr Interpellant darauf hingewiesen, daß durch den Streik sogar die **Paluta** gefahren sei. Wenn er laufend die Berliner Zeitungen lesen würde, dann hätte er gefunden, daß es gerade der „Berliner Volksanzeiger“ war, der noch vor wenigen Wochen in der schamlosesten Weise

gegen die Stadt Berlin

vorgegangen ist, in dem er einzelne Artikel veröffentlicht hat, worin angebliche Panikverhältnisse feststellen wollen, inwieweit die Stadt Berlin denn eigentlich noch bestehen werden könne. Und das hat dieser Panikverhältnisse in dem „Berliner Volksanzeiger“ damals derartig negierende Bemerkungen über Berlin gemacht — er hat Berlin als vollständig bankrott hingestellt — so daß jeder, der damals in Berlin ehrenamtlich tätig war in der Gemeinde, erklärt hat: Nach diesen Kritiken, die im „Volks-Anzeiger“ erschienen sind, kann man es allerdings verstehen, wenn in Zukunft Berlin seiner mehr Gelder borgen will. (Hört! hört! bei der U. S. P.)

Argendwem nachweislich für Sabotage hat man bisher nicht erbracht. Da möchte ich erklären, daß wir uns als Fraktion, soweit wir in Berlin Einfluss besitzen, mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, dagegen werden werden, daß man nun Maßnahmen gegen diesen Streik ergreift. (Sehr wahr! bei der U. S. P.)

Im Mittelpunkt aller dieser Angriffe hat nun eigenartigerweise der Berliner Magistrat und der

Oberbürgermeister Wermuth

gestanden. Der Oberbürgermeister **Wermuth** ist ein Mann, der aus Ihren Reihen gekommen ist, der von Ihnen an die Spitze der größten Stadtverwaltung des Reiches, an die Spitze von Berlin gestellt worden ist. In unermüdlicher und aufopfernder Arbeit hat er versucht, der gesamten Bevölkerung Berlins vorbildlich zu sein und das Los der gesamten Bevölkerung zu bessern und ihr zu helfen. (Sehr wahr! bei der U. S. P.) Er war es, der besonders neben meinem ungeschicklichen Freund **Wurm** auf dem Gebiete der Ernährung geradezu Unglaubliches geleistet hat. Statt das auf allen Seiten anzusehen, wie es während des Krieges geschah, ist, verhält man es nun mit dieser Behauptung den verdienten Mann.

Wenn ich noch nachweisen mußte, daß sich nicht nur die Berliner Bürgerschaft für ihren Oberbürgermeister erklärt, so darf ich hinzufügen, daß einem Schriftstück zufolge, das mir übermittelt worden ist, der Gesamtbetriebsrat der Berliner städtischen Werke ebenfalls auf dem Standpunkt steht, daß Herr Oberbürgermeister **Wermuth** nur seine Pflicht erfüllt habe und man ihm deshalb das volle Vertrauen ausspreche. (Bravo! bei der U. S. P.)

Wir haben diesen Streik auch unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß wir tatsächlich nicht alles, was bei dem Streik gefordert wurde, sofort verwirklichen können, daß wir aber auch weiter die Fehler, die bei dem Streik gemacht wurden, richtig anerkennen und die Arbeiterklasse Berlins insbesondere dringend mahnen, daß wenn sie in einen Streik treten, ihre Führer sich bewußt sein müssen, daß sie sich nicht als Vollstrecker in dem Moment fühlen, sondern als Streikführer der gesamten Arbeiterklasse verantwortlich. Deshalb sollten sich die Führer der Arbeiterbewegung klar sein, daß gegenüber dem

Zusammenhang der gesamten Reaktion

auf der anderen Seite endlich die Arbeiterklasse aufrichtiger, sich in dieser geradezu gemeinen Weise zu betätigen, daß einzelne Reaktionen der Arbeiterklasse nach wie vor einem **Paluta** nachzugehen, jetzt in dieser Zeit, wo die Klasse der Arbeiter der Klasse der Ausbeuter gegenübersteht. (Sehr richtig! bei den U. S. P.) Die Arbeiterklasse kann nur von Leuten geführt werden, welche unerschütterlich den Kampf für den Sozialismus aufnehmen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in ihrem Programm von Leipzig und in ihrem Manifest von Halle die Kampfmittel und das Kommissariat klar bezeichnet, und sie ist auch bereit, nach wie vor in diesem Kampfe die Führer und Bannerträgerin zu sein. (Bravo! bei der U. S. P.)

Preussische Landesversammlung

180. Sitzung, Freitag, 26. November.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der preussischen Verfassung.

Abg. Hanjald (Soz.): Der Unabhängige Kollege **Stoeker** hat sich im April darüber geäußert, weil ich ein unumwundenes warmes Bekenntnis zur Demokratie abgelegt hatte. Während er demgegenüber die proletarische Katediktatur verherrlichte, nun, lieber in den freien demokratischen Spuren der 48er: Engels, Plekhanow und Vassalli, als in den Ketten von Moskau. Das Fäustelchen lehnt meine Fraktion ab. Wenn nicht noch im letzten Augenblick durch die deutsch-nationalen Anträge Verschlechterungen in das bisher zustandgekommene Verfassungswerk hineingearbeitet werden, so können wir dieser Verfassung unsere Zustimmung geben. Gegen die Errichtung eines Staatsrats sind wir grundsätzlich, haben aber, weil der Staatsrat unermesslich war, dieser Einrichtung wenigstens die schlimmsten Giftzähne ausgebrochen. Dem Zweikammerystem stehen wir durchaus ablehnend gegenüber. Die Autonomie der Provinzen wird von manchen Zentrumskreisen nur als Vorstufe der Schaffung neuer Gliedstaaten betrachtet, und die Auflösung Preußens in einer Reihe kleinerer Staaten angestrebt. Wir Sozialdemokraten gehen diesen Weg nicht mit. Ebenjamenig wollen wir aber im Sinne der Rechte die Verwirklichung Großpreußens anstreben.

Präsident **Leinert** teilt mit, daß die Beschlußfassung über den sozialdemokratischen Antrag wegen des Vermögens der Hohenzollern erst später stattfinden soll und auch jetzt hier nicht mitberaten werden soll.

Abg. Dr. v. Aries (Dnkt.): Wir bekämpfen die Provinzialautonomie, denn die Ablösung von Preußen wird auf die Abhängigkeit vom Reich hinauslaufen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist unter jeder Bedingung, daß uns aus der jetzigen Not nur die monarchische Staatsform erretten wird. (Lebhafter Beifall rechts.) Als nächster Redner legte Dr. **Dober** die grundsätzliche Stellung der U. S. P. D. zur Verfassung dar. (Wir bringen die beachtenswerten Darlegungen in der Sonntagsausgabe in ausführlicher Form.)

Minister des Innern **Severing:** Eine Vorlage nach § 56 der Verfassung bezüglich der Selbständigkeit der Provinzen wird mit einstimmiger Beschleunigung vorgelegt werden. Allerdings wird die Verabschiedung des Autonomiegesetzes kaum noch durch die Landesversammlung erfolgen können.

Abg. Weidig (D. Sp.): An der Spitze des preussischen Staates muß besonders in der jetzigen unruhigen Zeit ein Staatspräsident stehen.

Abg. Adolph Hoffmann (Republikanist): Die Sturmwehen der Revolution werden über die populären Paragraphe ihrer Verfassung hinwegwehen. Die Auflösung Preußens wird von uns erstrebt, denn sie allein wird in Europa dem System der Unsicherheit und Bedrohung ein Ende machen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelberatung und die Einzelabstimmung. Die Bestimmung des § 1, daß die Landesfarben Schwarz und Weiß bleiben, wird gegen die Linke angenommen. Ein Antrag der beiden Rechtsparteien auf Einführung eines Staatspräsidenten wird von den übrigen Parteien abgelehnt. Die Bestimmung, nach der der Wahlrecht für die Soldaten ruht, wird gegen die beiden Rechtsparteien getroffen. Für die

Auflösung des Landtages

wird gegen die drei sozialistischen Gruppen folgende Resolution eingebracht: Die Auflösung des Landtages erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch den Beschluß eines Ausschusses, der aus dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Landtages und des Staatsrates besteht, oder durch Volksentscheid. Dieser kann auch durch Beschluß des Staatsrates herbeigeführt werden. Eine längere Debatte gibt es über § 58a, dessen zweiter Satz die Wahlen zu den Gemeindevertretungen von einer bestimmten Aufenthaltsdauer in der Gemeinde abhängig macht. Die Abgeordneten **Herbert (Soz.)** und **Wubwig (U. Soz.)** sprechen sich gegen diese Bestimmung und gegen einen deutsch-nationalen Antrag aus, der die Streichung des ganzen Paragraphen 58a verlangt. Alle Änderungsanträge werden abgelehnt. Mit Einverständnis des Hauses bestimmt der Präsident, bereits am Dienstag nach Beendigung der Beratung die namengebende Sitzung zu halten, ebenso die namentliche Abstimmung über das Kirchenaustrittsgesetz.

Biertimpel

Zur Zeit, als die nationalistischen Reden über auf allen Gassen herumspazierten, Versammlungen sprengten, künstlerische Veranstaltungen hörten, Gelächre anpöbelten, da war es **Heid Bier-timpel**, der den größten Ruhm davontrug. Er, wohl am meisten edlen deutschen Trunks voll, war der anerkannteste Führer des von gewordenen Reichswehrsoldaten unterführten intellektuellen Vöbels. Nun wird sein Name von neuem in der Öffentlichkeit genannt. In einer Sitzung der Studentenvertretung der Universität Berlin wurde festgestellt, daß mehrere frühere Mitglieder des Ausschusses der Studentenenschaft sich an der Kasse der Studentenvertretung haben Unterhaltungen zu schulden kommen lassen, die in die Tausende gehen. Zu den Schuldnern — Schwabe und Richter (der sich auch unbefugt den Doktorhut angelegt hatte) — gehört auch **Kud. phil. Bier-timpel**.

Da hat er also, einem tiefen inneren Drange folgend, seine natürliche Berufung erkannt.

Der Vertrag von Rapallo vor dem italienischen Kammer. Der Vertrag von Rapallo fand am ersten Tage in der Kammer trotz harter Kritik im Interesse vorläufiger Zustimmung. Die vier ersten Redner, **Calajanni**, der Reformsozialist **Savomini**, der Katholik **Wassallo** und der Liberale **Riccio** setzten ihn als frei vereinbarte billige Lösung. Der Vertrag sei der erste wahre Friedensvertrag, der dem Schwärzen Teil nicht nach Verlierer Muster ausgehandelt, sondern von ihm frei angenommen sei und ihn daher auch moralisch binde.

